

Betrifft: Erhalt des Weltkulturerbes Innere Stadt (Gregor Raidl)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP, GRÜNE und FPÖ Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die Stadtregierung wird ersucht, die Aberkennung des UNESCO-Weltkulturerbestatus für das historische Zentrum von Wien mit hohem Engagement zu verhindern, indem die Anforderungen der UNESCO-Welterbekommission erfüllt werden.

Begründung:

Die Stadtregierung wird ersucht, konkrete Schritte zu unternehmen, um den Erhalt des Welterbestatus und die Streichung von der Roten Liste zu erreichen.

Bürgermeister Ludwig hat am 12. Dezember 2025 im Wiener Landtag zugesichert, dass sich die Stadt „mit hohem Engagement“ dafür einsetzen werde, eine tragfähige Lösung zu finden, die einen „verantwortungsvollen Umgang mit dem kulturellen Erbe“ abbilde. Der aktuelle Statusbericht zum UNESCO-Weltkulturerbe („State of Conservation Report“) vom 16. Februar 2026 enthält jedoch keine Maßnahmen, die auf eine nachhaltige Absicherung des Weltkulturerbes abzielen. Obwohl von Seiten der Inneren Stadt schon mehrfach die Forderung erhoben worden ist, in die Erstellung des Statusberichtes als direkt betroffener Bezirk miteinbezogen zu werden, ist uns dieser nicht einmal übermittelt worden.

Für die Innere Stadt, die in ihrer gesamten Fläche in der Weltkulturerbe-Schutzzone liegt, ist der Welterbestatus ein wichtiges Schutzinstrument, der auch in der Wiener Bauordnung fest verankert ist. Deshalb wird die Stadt Wien ersucht, konkrete Schritte im Vorfeld des nächsten Jahreskongresses des UNESCO-Welterbekomitees vom 19. bis 29. Juli 2026 in Busan, Südkorea, zu unternehmen, um den Erhalt des Weltkulturerbestatus auch für die kommenden Generationen abzusichern.

Betrifft: Taubenschwärme wirksam verkleinern (Sophie Valtiner)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP und NEOS Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, dringend wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die die Bildung und das Anlocken großer Taubenschwärme unterbinden.

Begründung:

Derzeit werden an zumindest drei Standorten der Inneren Stadt (Morzinplatz, Dr. Karl Lueger Platz, Stephansplatz) Tauben täglich mehrere Kilo Futter pro Standort von Privatpersonen angeboten. Das lockt große Schwärme von Tauben an, die für massive Verunreinigungen sorgen.

Da die Stadt Wien weder ein Fütterungsverbot, noch eine Futtermittelbegrenzung verordnen möchte (siehe Antragsbeantwortung zu BV1-1642477-25), wird ersucht, dringend andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diesen groben Missstand endlich abzustellen.

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von ÖVP und FPÖ Innere Stadt stellen folgenden
(Maximilian Meran)

ANTRAG

betreffend: Hundezone Heldenplatz

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Die Burghauptmannschaft und die Bundesgärten werden ersucht, eine Erneuerung und qualitative Aufwertung der Hundezone am Heldenplatz vorzunehmen.

BEGRÜNDUNG

Die Hundezone am Heldenplatz gleicht mittlerweile einer umgeackerten Wiese. Sie ist vor allem bei schlechter Witterung für Hunde und ihre Besitzer nicht mehr zweckgemäß nutzbar. Sie sollte erneuert bzw. qualitativ aufgewertet werden, damit das Gassi-Gehen für Hund und Herrl/ Frauerl wieder Freude macht.

Die unterfertigten Bezirksrät*innen der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Öffi-Beschleunigung

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, im Rahmen der angekündigten Öffi-Beschleunigungsoffensive gemeinsam mit den Wiener Linien und der Verkehrs- und Wirtschaftskommission der BV 1 Potenziale zur Beschleunigung von Straßenbahn- und Buslinien in der Inneren Stadt zu prüfen.

BEGRÜNDUNG

Die Stadt Wien und die Wiener Linien haben gemeinsam eine Initiative zur Beschleunigung von Straßenbahn- und Buslinien gestartet. Im Zuge dessen erscheint ein frühzeitiger Austausch mit der Verkehrs- und Wirtschaftskommission sowie den zuständigen Dienststellen des Magistrats im 1. Bezirk sinnvoll, um gemeinsam den Handlungsbedarf zu analysieren und mögliche Verbesserungsmaßnahmen schnell in die Wege leiten zu können.

Die unterfertigten Bezirksrät*innen der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Erklärung zum Menschenrechtsbezirk

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Innere Stadt erklärt hiermit, die Menschenrechte in all ihren Kompetenzbereichen zu achten und zu fördern sowie sich weiters am Projekt „Wiener Menschenrechtsbezirke“ zu beteiligen.

BEGRÜNDUNG

Wien hat sich mit Gemeinderatsbeschluss vom 19. Dezember 2014 zur „Stadt der Menschenrechte“ deklariert. Das Projekt „Wiener Menschenrechtsbezirke“ hat zum Ziel, die Deklaration auch auf Ebene der Bezirke formal zu verankern, vor allem hinsichtlich jener Aufgaben, die im Handlungs- und Gestaltungsspielraum der Bezirke liegen. Diese betreffen insbesondere jene Menschenrechte, welche direkte Auswirkungen auf das Leben der Menschen, das Zusammenleben im Bezirk und den Alltag der Bezirksbewohnerinnen und -bewohner haben. Die Beteiligung am Projekt „Wiener Menschenrechtsbezirke“ bietet die Möglichkeit, das Engagement der Inneren Stadt in den Kontext Menschenrechte zu stellen und für die Bezirksbewohnerinnen und -bewohner sichtbar zu machen.

Antrag: Naturdenkmäler im Stadtpark
(Conny Schmeller)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, die drei im Stadtpark befindlichen Naturdenkmäler durch eine einheitliche, gut sichtbare und informative Beschilderung kenntlich zu machen und damit für die Öffentlichkeit klar erkennbar auszuweisen:

Nr. 276 Japanischer Schnurbaum

Nr. 280 Kaukasische Flügelnuß

Nr. 569 Ginkgobaum

Die Gestaltung soll sich an bereits bestehenden positiven Beispielen in Wien – etwa der Beschilderung der Platane am Dr.-Karl-Lueger-Platz – orientieren.

Begründung:

Naturdenkmäler haben einen besonderen Schutzstatus innerhalb des städtischen Grüns und sind von hoher ökologischer, klimatischer und kultureller Bedeutung. Derzeit sind die drei Naturdenkmäler im Stadtpark sehr unterschiedlich beschildert und daher schwer als solche erkennbar.

Eine klare und einheitliche Kennzeichnung würde mehrere positive Effekte erzielen:

- **Auffindbarkeit:** Interessierte können diese Bäume leichter finden, weil sie einfacher erkennbar sind.
- **Bildungsfunktion:** Informationen zu Baumart, Alter und Schutzstatus machen Naturdenkmäler zu niederschweligen Lernorten im öffentlichen Raum.
- **Bewusstseinsbildung:** Besucher:innen erkennen den besonderen Wert einzelner Bäume und entwickeln ein stärkeres Verständnis für städtischen Naturschutz.

Antrag: Lebensqualität entlang der Buslinie 1A
(Alexander Hirschenhauser)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin wird ersucht, im Wirkungsbereich der Stadt Wien bzw. im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Eigentümerversprecherin bei den Wiener Linien zu veranlassen, dass die Lebensqualität in den engen Straßenzügen entlang der Buslinie 1A in Zukunft nicht mehr durch Abgase, sowie durch Lärm und Vibrationen von Dieselmotoren beeinträchtigt wird. Die auf der Linie 1A verkehrenden Busse mögen so bald wie möglich durch Fahrzeuge mit emissionsarmen Antriebssystemen ersetzt werden.

Begründung:

Die Linie 1A wird derzeit mit großen Bussen bedient, die mit lautem Lärm und schädlichen Abgasen emittierenden sowie starken Vibrationen verursachenden Dieselmotoren angetrieben werden. Diese vielfältig gesundheitsschädlichen Emissionen beeinträchtigen nicht nur die Lebensqualität entlang der von dieser Linie befahrenen Straßenzüge, sondern sind zusätzlich für Passant:innen gesundheitsgefährdend. Auch die Aufenthaltsqualität in diesen engen Altstadtgassen wird beeinträchtigt und somit ein belastetes Umfeld für den stationären Einzelhandel geschaffen, dessen wirtschaftlicher Erfolg enorm wichtig für belebte Sockelzonen ist. Speziell in der Schottengasse, der Strauchgasse, der Habsburgergasse und rund um den Petersplatz sind die Häuserfluchten derart eng, dass die erwähnten Emissionen viel stärker wirken als in jenen viel breiteren Straßenzügen, die vielerorts während der Wiener Gründerzeit angelegt wurden.

Antrag: Ausweitung des E-Carsharing-Angebots in 1010
(Alexander Hirschenhauser)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin wird ersucht, im Wirkungsbereich der Stadt Wien bzw. im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Eigentümervertreterin bei den Wiener Linien die Prüfung und Umsetzung einer deutlichen Ausweitung des E-Carsharing-Angebots im Rahmen von „Wien Mobil Stationen“ in der Inneren Stadt zu veranlassen.

Begründung:

Um die Ziele der Stadt Wien betreffend Verteilung der zurückgelegten Wege auf verschiedene Arten der Mobilität zu erreichen, wird neben der Förderung des zu Fuß Gehens und des Radverkehrs sowie dem weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch ein dichteres Angebot von Carsharing-Fahrzeugen notwendig sein.

Auf dem Gebiet des Bezirks Innere Stadt gibt es derzeit einen einzigen Wien Mobil Standort mit Carsharing-Angebot (Lichtenfelsgasse 1). Innerhalb der Ringstraße gibt es keinen einzigen derartigen Standort.

Damit der Umstieg jener Teile der Bevölkerung, die derzeit ein eigenes Auto nutzt, auf umweltfreundliche Verkehrsmittel gelingen kann, braucht es ein attraktives Carsharing-Angebot, um jene Fahrten abzudecken, die mit Öffis, Fahrrad oder zu Fuß nicht zu bewerkstelligen sind. Es ist auch gut erforscht und wissenschaftlich belegt, dass ein Carsharing-Auto bis zu acht Einzelfahrzeuge ersetzen kann.

Betreff: Europazebrastreifen in der Inneren Stadt

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, anlässlich des Europatags im Mai die Umsetzung eines „Europa-Zebrastreifens“ in der Inneren Stadt zu realisieren. Als möglicher Standort wird der Schutzweg über den Universitätsring an der Kreuzung Universitätsring/Schottengasse vorgeschlagen.

Begründung

Der Europatag am 9. Mai steht für Frieden, Freiheit, Demokratie und ein vereintes Europa. Ein Europa-Zebrastreifen im Herzen Wiens ist ein sichtbares Zeichen für diese Werte und macht Europa im öffentlichen Raum präsent. Gerade die Innere Stadt als politisches, historisches und touristisches Zentrum eignet sich besonders für eine solche Maßnahme. Ein Europa-Zebrastreifen stellt sowohl für Bewohner:innen als auch für Besucher:innen ein sichtbares Bekenntnis zu Europa dar.

(Lisa Ficzko)



https://www.meinbezirk.at/weiz/c-lokales/erster-eu-zebrastreifen-geleitet-ueber-weizer-strasse_a5645791



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Markus Platt)

ANTRAG

betreffend: Beflaggung des Alten Rathauses

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht von der Beflaggung des Alten Rathauses mit Regenbogenfahnen Abstand zu nehmen.

BEGRÜNDUNG

Für Amtshäuser, in denen hoheitlich gehandelt wird, gilt in besonderem Maß das Gebot staatlicher Neutralität. In diesen werden im Namen der Republik Gesetze gegenüber allen Bürgern – unabhängig von deren politischer Einstellung, Weltanschauung oder gesellschaftlicher Zugehörigkeit vollzogen. Gerade deshalb muss auch ihre äußere Symbolik Zurückhaltung und Überparteilichkeit widerspiegeln.

Eine Beflaggung sollte sich daher ausschließlich auf staatliche Symbole wie Bundes- oder Landesflagge sowie auf klar geregelte offizielle Anlässe beschränken. Politisch oder weltanschaulich interpretierbare Symbole würden das Vertrauen in die Objektivität der Verwaltung beeinträchtigen und könnten den Eindruck erwecken, dass staatliche Institutionen bestimmte Positionen bevorzugen.

Amtshäuser stehen für Rechtsstaatlichkeit, Gleichbehandlung und die Einheit der staatlichen Ordnung. Ihre Beflaggung soll diese hoheitliche Funktion unterstreichen – nicht politische Botschaften transportieren.



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Maximilian Meran)

ANTRAG (Verweis in KUK)

betreffend: „Alt-Wiener Kaffeehaus-Kultur“

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht gemeinsam mit allen sonstigen zuständigen Stellen zu prüfen, in welcher Form und in welchem Ausmaß eine gezielte Förderung der „Alt-Wiener Kaffeehaus-Kultur“ zum Erhalt dieses für Wien charakteristischen Kulturgutes ermöglicht werden kann.

BEGRÜNDUNG

Aufgrund der Tatsache, dass es bereits ein Aussterben unserer „Alt-Wiener Kaffeehaus-Kultur“ gibt und sich hauptsächlich kommerzielle Platzhirschen halten, die dann auch noch preißmäßig zum sogenannten „Touristenfang“ werden, wäre es wichtig und richtig unsere alten, kleinen, typischen Wiener Kaffeehäuser zu unterstützen und in jeder Weise zu fördern.

Gerade im ersten Bezirk, wo es beinahe nur noch Betreiber großer, auch internationaler Riesen gibt, wäre eine Forcierung der kleinen, dafür typischen Wiener Kaffeehäuser von besonderer Bedeutung!



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Markus Platt)

ANTRAG

betreffend: Ausfahrt Garage Schmerlingplatz

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, gemeinsam mit allen zuständigen Stellen die Verkehrssituation bei der Garagenausfahrt am Schmerlingplatz zu überprüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsflüssigkeit und -sicherheit zu prüfen.

BEGRÜNDUNG

Bei der Garagenausfahrt am Schmerlingplatz scheint die Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs derzeit nicht mehr gegeben zu sein. Beobachtungen deuten auf wiederkehrende Behinderungen und Rückstaus hin.



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Jutta Brunner-Blasek)

ANTRAG

betreffend: Garagenfläche

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, bei einer weiteren Verkehrsplanung, im großzügig bezeichneten Raum zwischen Ringstraße und „2er-Linie“ (Karlsplatz, Getreidemarkt, etc.) sowie Maria Theresien Str. kostengünstig nutzbare Tiefgaragen, wo es baulich möglich ist vorzusehen, um dem zufahrenden Autoverkehr an der Bezirksgrenze Abstellmöglichkeiten zu bieten.

BEGRÜNDUNG

Für die heutige und zukünftige Mobilität der Bürger, sowie für den Wirtschaftsraum „Innenstadt“, sind brauchbare, kostengünstige Stellplätze wichtig.



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Jutta Brunner-Blasek)

ANTRAG

betreffend: Dr. Karl Lueger Denkmal

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, die Renovierungskosten für das Lueger-Denkmal von ca. € 770.000.- aufzusplitten. Die Renovierungskosten für die Säuberung und Instandsetzung des Denkmals sind zur Erinnerung an den Begründer und Erbauer der Wiener Hochquellwasserleitung aus dem Städtischen Budget zu begleichen, während die Kosten einer ideologisch begründete Schrägstellung („Kippung“) des Denkmals dem Verursacher und nicht der Allgemeinheit zu verrechnen sind.

BEGRÜNDUNG

Dr. Lueger hat die II Hochquellwasserleitung initiiert, von der heute noch alle (inzwischen 2 Mill.) Bewohner in Wien profitieren. Alleine für diese vorausschauende Leistung ist es nicht angebracht, durch politische Willkür der Grünen das Denkmal zu beschädigen.



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Jutta Brunner-Blasek)

ANTRAG

betreffend: Am Hof

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht zu prüfen, ob nach der geplanten Baustelle Am Hof, die gepflasterte Oberfläche im Fußgeherbereich eine erweiterte Gestaltung bekommen kann. Es könnten wieder zwei Brunnen neben der Marienstatue, mit heutiger, moderner Fließ- oder Sprühmöglichkeit errichten werden. Auch begrünte Flächen durch heute moderne Möglichkeiten würden den Platz um vieles aufwerten.

BEGRÜNDUNG

Der früheste Beweis eines Brunnens auf diesem Platz war eine Kammeramtsrechnung aus dem Jahr 1459. Später wurden zwei Springbrunnen von Lorenzo Mattielli, 1732 gefertigt. Figuren von ihm sind auch heute noch auf dem Zeughaus (Feuerwehr) vorhanden.

Mit einer ansprechenden Gestaltung wäre es möglich, Historie und Gegenwart auf einem geschichtsträchtigen Platz zu vereinen.



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Markus Platt)

ANTRAG

betreffend: Prüfung der Schaffung neuer Garagen und Erweiterungen bestehender Garagen

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht gemeinsam mit allen sonstigen zuständigen Stellen die Schaffung neuer Garagenstellplätze im gesamten Bezirk sowie entlang des Rings - insbesondere nach Vorbild der erfolgreichen Garagen Am Hof (zirka 578 Plätze, hohe Auslastung) und Neuer Markt (zirka 365 Plätze, hohe Auslastung) – sowie die Erweiterung bereits bestehender Garagen zu prüfen!

BEGRÜNDUNG

Schon alleine aufgrund der Tatsache, dass es derartige Projekte wie die autofreie Innere Stadt gibt, sind die BewohnerInnen sowie die Wirtschaftstreibenden unseres Bezirkes auf mehr Garagenplätze angewiesen, da sonst die Kundschaft ausbleibt und ein Abwandern der BewohnerInnen droht, wenn man nicht einmal Parkplätze für Besucher und Kundschaft vorweisen kann.